Allgemeine Geschäfts- und Nutzungsbedingungen für Grundsteuer-Online

§ 1 Allgemeines / Anwendungsbereich

(1) Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (nachfolgend: „AGB“) gelten für alle gegenwärtigen und zukünftigen rechtlichen Beziehungen zwischen der Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, im Folgenden auch „Anbieter“ genannt, und den Nutzern der Internetseite Grundsteuer-Online https://grundsteuer-online.de (nachfolgend auch „Internetseite“ genannt). Die AGB gelten auch für Nutzer, die Verbraucher sind und ihren Wohnsitz in der Europäischen Union haben. Verbraucher sind natürliche Personen, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließen, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können.

(2) Der Geltung anderer Allgemeiner Geschäfts- oder Einkaufsbedingungen von Nutzern wird hier- mit ausdrücklich widersprochen. Sie werden auch nicht anerkannt, wenn ihnen nicht nochmals nach Eingang beim Bundesanzeiger Verlag ausdrücklich widersprochen wird.

§ 2 Funktionen von Grundsteuer-Online

(1) Es handelt sich bei Grundsteuer-Online um eine webbasierte Anwendung.

(2) Grundsteuer-Online ermöglicht es dem Nutzer, nach Erfassung notwendiger Zusatzinformationen (z.B. Stammdaten) die „Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts“ je Immobilie/Grundstück zu erstellen und die zuständige Finanzverwaltung zu übermitteln. Hierfür verfügt Grundsteuer-Online unter anderem über die nachfolgenden Funktionen und Bereiche:

- Stammdatenbereich
- Objektverwaltung zur Stammdatenverwaltung der Objekte
- Bewertung der Objekte
  - Ermittlung der Grundsteuerwerte und des Grundsteuermessbetrages
- Simulationsrechnung – Schätzung, der zu entrichtenden Grundsteuer
- Elektronische Übermittlung der Feststellungserklärung (Grundsteuererklärung) an die zuständige Finanzverwaltung durch den Nutzer.

Ein Zugriff oder eine sonstige Beeinflussung des Programmablaufs durch natürliche Personen erfolgt nicht.

(3) Grundsteuer-Online unterstützt sowohl das sog. Bundesmodell als auch alle hiervon abweichenden Ländermodelle. Das bedeutet, dass Grundsteuer-Online alle jeweils relevanten Modelle berücksichtigt.

(4) Die steuerlich relevanten Daten werden anhand der Vorgaben der Finanzverwaltung validiert und auf ihre Plausibilität vorgeprüft. Eine Prüfung des erzeugten Datensatzes auf seine Vollständigkeit und sachliche Richtigkeit durch den Anbieter erfolgt jedoch nicht.

Die Daten können anschließen mit Hilfe der Zertifikatsdatei des Nutzers vom Nutzer online an den von der Finanzverwaltung bereitgestellten Elster Rich Client (ERiC) übermittelt werden, wo sie validiert und plausibilisiert werden. Nutzer, die Verbraucher sind, haben zusätzlich die Möglichkeit, hierfür die Zertifikatsdatei des Anbieters zu verwenden.
Auf das Ergebnis der Validierung und der Plausibilisierung der übermittelten Daten hat der Anbieter keinen Einfluss; es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass trotz erfolgreicher Vorprüfung später durch die Finanzverwaltung ein Fehler festgestellt wird. Sind die Validierung und die Plausibilisierung erfolgreich, so wird der Datensatz an die Finanzverwaltung weitergeleitet und der Nutzer erhält eine entsprechende Bestätigung.
Schlagen Validierung oder Plausibilisierung durch die Finanzverwaltung fehl, erhält der Nutzer einen Hinweis über die nicht erfolgte Übermittlung unter Aufzählung der aufgetretenen Fehler. Der Datensatz muss nach der Behebung der Fehler erneut an die Finanzverwaltung übermittelt werden, wo er erneut validiert und plausibilisiert wird.

(5) Der Nutzer erhält nach erfolgreicher Übertragung der „Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts“ an die Finanzverwaltung ein Übertragungsprotokoll.

(6) Die generierten Datensätze werden nach entsprechender Speicherung durch den Nutzer vom Anbieter im Nutzerzugang des Nutzers in der Anwendung vorgehalten.

§ 3 Technische Verfügbarkeit

(1) Grundsteuer-Online steht den Nutzern grundsätzlich rund um die Uhr zur Verfügung. Es ist jedoch nicht möglich, Computerprogramme sowie Datenverarbeitungs- oder Datenübertragungsanlagen gänzlich fehlerfrei bereitzustellen und sämtliche Fehlerquellen der Technik und des Mediums Internet auszuschließen. Die ständige und ununterbrochene Verfügbarkeit der Internetseite oder der übrigen verwendeten Technik kann daher nicht zugesagt werden. Für die Datenübertragung vom Nutzer zu Grundsteuer-Online oder der Finanzverwaltung oder teilnehmenden Kreditinstituten und weiteren Teilnehmern, wie z.B. Rating-Agenturen und zurück ist der Anbieter nicht verantwortlich.

(2) Der Anbieter kann den Zugang zu Grundsteuer-Online beschränken, sofern die Sicherheit des Netzbetriebes, die Aufrechterhaltung der Netzintegrität, insbesondere die Vermeidung schwerwiegender Störungen des Netzes, der Anwendung oder gespeicherter Daten dies erfordern.

(3) Der Anbieter wird den Nutzer auf der Internetseite rechtzeitig vorher über erforderliche Wartungsarbeiten und deren Dauer unterrichten, außer die vorherige Ankündigung ist im Einzelfall nicht möglich oder nicht zumutbar.

§ 4 Registrierung und Vertragsschluss

(1) Die Nutzung von Grundsteuer-Online ist nur nach vorheriger Registrierung sowie abgeschlossener Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung möglich. Mit dem Abschluss des Registrierungsvorgangs und der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung kommt zwischen dem Anbieter und dem jeweiligen Nutzer ein Vertrag über die Nutzung der Internetseite (nachfolgend: „Nutzungsvertrag“) zustande. Ein Anspruch auf Abschluss eines Nutzungsvertrages besteht nicht. Der Nutzer hat dafür Sorge zu tragen, dass der E-Mail Empfang technisch möglich ist.

(2) Die vom Anbieter bei der Registrierung und zur Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung abgefragten Daten sind vollständig und korrekt anzugeben. Ändern sich die angegebenen Daten nachträglich, so ist der Nutzer verpflichtet, die Angaben umgehend in Grundsteuer-Online zu korrigieren. Die Angabe falscher oder fiktiver Daten ist nicht zulässig. Wenn der Anbieter feststellt, dass ein Nutzer falsche oder fiktive Daten angegeben hat oder geänderte Daten nicht umgehend aktualisiert hat, kann der Anbieter den Nutzerzugang vorübergehend sperren und soweit der Nutzer die Beanstandung trotz Aufforderung per E-Mail nicht innerhalb einer angemessenen Frist behebt, insgesamt löschen.

(3) Jeder Nutzer darf nur einen Zugang haben; eine Übertragung ist nicht erlaubt.

(4) Nach erfolgreicher Registrierung wird der Nutzer als „Administrator“ angelegt und hat damit die Möglichkeit, weitere (Unter-)Nutzer für sein Unternehmen anzulegen sowie verschiedene Mandanten oder Übertragungszeiträume (Perioden) einzurichten. Der Administrator haftet für die Handlungen der von ihm angelegten (Unter-) Nutzer.

(5) Jeder Nutzer ist verpflichtet, den Anbieter umgehend zu informieren, wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sein Zugang missbraucht wurde. Jeder Nutzer haftet für die Aktivitäten, die unter Verwendung seines Zugangs vorgenommen werden, und stellt den Anbieter von etwaigen Schadensersatzansprüchen Dritter frei, es sei denn der Nutzer hat den Missbrauch nicht zu vertreten.

§ 5 Nutzungsrechte

(1) Der Anbieter räumt dem Nutzer für die Dauer des Vertrages ein nicht ausschließliches und nicht übertragbares, auf die vertragliche Laufzeit beschränktes Nutzungsrecht ein, die Webanwendung Grundsteuer-Online im Rahmen der Bestimmungen dieser AGB zu nutzen.

(2) Weitere Nutzungs- und Verwertungsrechte bestehen nicht. Dem Nutzer ist es insbesondere nicht gestattet, das Produkt zu vervielfältigen, zu vertreiben, zu übertragen oder öffentlich zugänglich zu machen.

(3) Abgesehen von dem eingeräumten Nutzungsrecht während der Vertragsdauer bleibt der Anbieter alleiniger Inhaber aller Rechte an der Anwendung.

§ 6 Pflicht des Nutzers zum Abgleich des Übertragungsprotokolls

(1) Der Nutzer erhält nach erfolgreicher Übertragung der „Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts“ an die Finanzverwaltung ein Übertragungsprotokoll. Der Nutzer ist verpflichtet, die von ihm in der „Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts“ eingetragenen Daten mit den Angaben im Übertragungsprotokoll abzugleichen und Unstimmigkeiten unverzüglich dem Anbieter zu melden.

§ 7 Pflichten des Nutzers zur Vermeidung von Datenverlusten

(1) Die Daten werden vom Anbieter nicht automatisch zwischengespeichert. Für die rechtzeitige Speicherung ist der Nutzer selber verantwortlich. Eine Speicherung der Daten in der Anwendung erfolgt stets nur dann, wenn der Nutzer auf den „Speichern“-Button klickt. Der Nutzer soll die eingegebenen oder hochgeladenen Daten regelmäßig außerhalb der Anwendung sichern.

(2) Da trotz regelmäßiger Sicherung des Datenbestandes durch den Anbieter ein Datenverlust nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, ist jeder Nutzer verpflichtet, die erfolgreiche Übertragung eines Datensatzes an die zuständige Finanzverwaltung durch den Download und die lokale Speicherung des Übertragungsprotokolls offline zu dokumentieren.

§ 8 Pflichten des Nutzers zum Schutz von Grundsteuer-Online

(1) Der Nutzer hat eine ordnungsgemäße Bedienung sicherzustellen, Zugangsdaten vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben. Der Nutzer hat sicherzustellen, dass Dritte keinen Zugriff auf Zugangsdaten haben.

(2) Nutzer dürfen keine Mechanismen, Software oder sonstigen schadhaften Programmcodes in Verbindung mit der Nutzung der Internetseite verwenden, die das Funktionieren der Internetseite stören könnten.

(3) Nutzer dürfen keine Maßnahmen ergreifen, die eine unzumutbare oder übermäßige Belastung der Infrastruktur zur Folge haben können.

(4) Nutzer dürfen keine vom Anbieter generierten Inhalte blockieren, überschreiben oder modifizieren oder in sonstiger Weise störend in die Internetseite eingreifen.

(5) Der Anbieter ist berechtigt, die Nutzung von Grundsteuer-Online jederzeit auf die vereinbarten Nutzungsbedingungen hin zu überprüfen und dem betreffenden Nutzer im Falle konkreter Anhaltspunkte die Zugangsberechtigung bis zur abschließenden Klärung der widerrechtlichen Nutzung zu entziehen. Weitere rechtliche Schritte behält sich der Anbieter ausdrücklich vor.

§ 9 Kosten, Guthaben

(1) Das Anlegen eines Nutzerzugangs bei Grundsteuer-Online und die Eingabe bzw. das Hochladen der Daten in die Anwendung sind kostenfrei möglich. Kostenpflichtig ist jede Übertragung von Daten, auch Testübertragungen, an die Finanzverwaltung, sobald der Elster-Annahmeserver die Übertragung akzeptiert hat.

(2) Die Bezahlung erfolgt über ein Guthabensystem. Dieses muss vor der Übertragung erworben werden. Die Kosten einer Übertragung an die Finanzverwaltung richten sich nach der jeweils zum Zeitpunkt des Guthabenerwerbs geltenden, auf der Internetseite www.grundsteuer-online.de/preismodell hinterlegten Preisliste des Anbieters. Die Kosten sind vor jeder Übertragung zu begleichen.

(3) Für die Zahlung der Übertragungskosten stellt der Anbieter verschiedene Zahlungsmethoden bereit. Der Nutzer trägt Sorge für die Richtigkeit und Deckung der zum Zwecke der Zahlungsabwicklung angegebenen Konten. Kosten, die durch fehlgeschlagene Zahlungen entstehen, trägt der Nutzer, es sei denn ihn trifft kein Verschulden. Der Anbieter stellt dem Nutzer jeweils eine Rechnung über die gezahlten Kosten im Nutzerzugang elektronisch zum Abruf zur Verfügung.

§ 10 Vertragsdauer

(1) Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Der Nutzer kann den Nutzervertrag jederzeit mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende postalisch oder per E-Mail an die Adresse service@bundesanzeiger.de kündigen. Der Anbieter kann den Nutzervertrag mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalenderhalbjahres hin per E-Mail gegenüber den Nutzern kündigen. Mit Ablauf der Kündigungsfrist werden alle Daten des Nutzers gemäß der gesetzlichen Bestimmungen auf den Servern des Anbieters gelöscht. Der Nutzer ist für eine vorherige Sicherung seiner Daten selbst verantwortlich.

(3) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.

§ 11 Haftung

(1) Der Anbieter leistet keine Steuer- oder Rechtsberatung.

(2) Der Anbieter haftet nicht für die Vollständigkeit und die steuerliche und rechtliche Ordnungsmäßigkeit der durch den Nutzer erstellten oder heruntergeladenen Dokumente.

(3) Verwendet ein Nutzer, der Verbraucher ist, für die Übermittlung der „Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts“ die Zertifikatsdatei des Anbieters, so haftet der Anbieter nicht für die an die Finanzverwaltung übermittelten Daten. Sollte der Anbieter infolgedessen in Anspruch genommen werden, so stellt der Nutzer den Anbieter von allen hiermit in Verbindung stehenden Ansprüchen, Verfahren, Schäden und Kosten frei.

(4) Der Nutzer kann sich im Zuge der Funktion „Simulationsrechnung“ eine Schätzung, der zu entrichtenden Grundsteuer anzeigen lassen. Diese „Simulationsrechnung“ ist nicht rechtlich bindend. Der Anbieter übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit der Berechnung.

(5) Im Übrigen ist die Haftung des Anbieters für leicht fahrlässige Pflichtverletzungen mit Ausnahme für Schäden aus Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder Garantien oder soweit Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz berührt sind, ausgeschlossen. Unberührt vom Haftungsausschluss nach Satz 1 bleibt ferner die Haftung des Anbieters für die Verletzung von Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung die andere Vertragspartei regelmäßig vertrauen darf (Kardinalpflichten), wobei die Haftung auf den Ersatz des typischerweise vorhersehbaren Schaden begrenzt ist. Die vorstehende Haftungsbeschränkung gilt entsprechend zugunsten der gesetzlichen Vertreter, Mitarbeiter und sonstigen Erfüllungs- und/oder Verrichtungsgehilfen des Anbieters.

§ 12 Übertragung der Nutzungsverträge

Der Anbieter ist berechtigt, die bestehenden Nutzungsverträge auf den folgenden Anbieter zu übertragen: fwsb GmbH, Hauptstr. 221, 65760 Eschborn. Der Anbieter wird die Nutzer im Falle einer Übertragung per E-Mail informieren.

§ 13 Widerrufsrecht für Verbraucher

Widerrufsbelehrung

Verbraucher haben ein vierzehntägiges Widerrufsrecht.

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (Bundesanazeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Deutschland, service@bundesanzeiger.de, Telefon: +49 (0) 221/97668-0) mittels einer eindeutigen Erklärung (z.B. ein mit der Post versandter Brief oder eine E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist. Sie können Ihr Widerrufsrecht auch online unter https://bundesanzeigerverlag.lphub.de/vertrag-widerrufen-gso ausüben. Wenn Sie diese Online-Funktion nutzen, übermitteln wir Ihnen auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. durch eine E-Mail) unverzüglich eine Eingangsbestätigung mit Informationen zum Inhalt der Widerrufserklärung sowie dem Datum und der Uhrzeit ihres Eingangs.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Für einen Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen, der Sie zur Zahlung eines Preises verpflichtet, gilt: Das Widerrufsrecht erlischt (vorzeitig) auch mit der vollständigen Erbringung der Dienstleistung, wenn Sie vor Beginn der Erbringung ausdrücklich zugestimmt haben, dass wir mit der Erbringung der Dienstleistung vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnen und Ihre Kenntnis davon bestätigt haben, dass Ihr Widerrufsrecht mit vollständiger Vertragserfüllung durch uns erlischt.

Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

– An Bundesanazeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln, Deutschland, service@bundesanzeiger.de

– Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden
Waren (*)/die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*)

– Bestellt am (*)/erhalten am (*)

– Name des/der Verbraucher(s)

– Anschrift des/der Verbraucher(s)

– Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)

– Datum

(*) Unzutreffendes streichen.

§ 14 Alternative Streitbeilegung für Verbraucher

Die EU-Kommission bietet für Verbraucher die Möglichkeit zur Online-Streitbeilegung auf einer von ihr betriebenen Online-Plattform. Diese Plattform ist über den externen Link https://ec.europa.eu/consumers/odr/ zu erreichen. Der Anbieter ist nicht verpflichtet und nicht gewillt, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

§ 15 Vertragssprache

(1) Der Vertragsschluss erfolgt in deutscher Sprache.

(2) Soweit Geschäftsbedingungen oder Informationen auf den Webseiten des Verlags in verschiedenen Sprachversionen zur Verfügung gestellt werden, gilt ausschließlich die jeweils deutsche Fassung, insbesondere bezüglich der Interpretation und Auslegung der verwendeten Formulierungen. Andere Sprachversionen (Übersetzungen) sind als reine Serviceleistung des Verlags zu verstehen.

§ 16 Schlussbestimmungen

(1) Der Vertrag und seine Änderungen bedürfen der Textform. Nebenabreden bestehen nicht. Nebenabreden, Änderungen oder Ergänzungen sowie die Aufhebung des Textformerfordernisses bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform.

(2) Alle in diesen AGB enthaltenen Bestimmungen sind teilbar und getrennt von den übrigen Bestimmungen zu beurteilen, sofern eine oder mehrere Bestimmungen unwirksam sind. Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen der AGB hiervon nicht berührt. Vielmehr gilt anstelle der unwirksamen Bestimmungen eine dem Zweck der Bedingungen entsprechende oder zumindest nahekommende Ersatzbestimmung, die die Vertragsparteien bei Kenntnis der Unwirksamkeit vereinbart hätten.

(3) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Diese Rechtswahl gilt nicht für Verbraucher.

(4) Erfüllungsort und Gerichtsstand für Unternehmer, juristische Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliche Sondervermögen ist Köln. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Gerichtsstände.